

Die Grüne Revolution heißt jetzt CSA „climate smart agriculture“

*Ein schöner Begriff, aber was ist gemeint?
Ursula Gröhn-Wittern*

CSA¹ ist ein Konzept, das 2010 von der FAO und der Weltbank vorgestellt wurde. Es soll der Erreichung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung dienen, indem es Ernährungssicherheit und Klimawandel verbindet und integriert die ökonomische, soziale und wirtschaftliche Dimension für nachhaltige Entwicklung:

Ist es eine Landwirtschaft die gut an den Klimawandel angepasst ist? Oder die wenig Treibhausgase emittiert? Wieder ein schöner englischer Begriff unter dem jeder sich etwas anderes vorstellt und der sich gut anhört. Auf jeden Fall ist es etwas, gegen das man einfach gar nicht sein kann. Oder vielleicht doch?

Climate Smart Agriculture hat drei Säulen.

- Die nachhaltige Steigerung von Einkommen und Produktivität
- Die Schaffung von Resilienz gegenüber dem Klimawandel
- Die Reduzierung oder Abschaffung von Treibhausgasemissionen

Hört sich gut an, oder? Kritiker sagen, dass die Grüne Revolution mit ihren bekannten negativen Folgen für die Umwelt, das Klima und den sozialen Folgen für die Bauern und das Nahrungssystem, nun einfach umbenannt wurden und so weiter gemacht wird wie bisher.

Die Beschreibungen der FAO bemerken nichts zu der erwiesenen positiven Rolle biologischer Landwirtschaft weltweit, kritisieren nicht den Ersatz synthetischer Dünger oder bewerten Nahrungsmittelverschwendung oder hohen Fleischkonsum. Auch das Thema Gentechnik wird umgangen.

Der Begriff CSA ist nicht geschützt. Viele bunte Internetseiten unterschiedlichster Gruppierungen benutzen den Begriff für verschiedenste Ansätze. Wichtigste ist die Global Alliance for Climate Smart Agriculture. Forschungsinstitute, Organisationen und die private Wirtschaft sind dabei.

Es gibt keine Umweltkriterien oder sozialen Standards für die Mitglieder dieser Allianz und unklare Strukturen, die den Einfluss reicher Länder und Konzerne fördern. Mitglieder sind z.B. Syngenta, McDonalds, Walmart oder Yara,

das größte Düngemittelunternehmen der Welt. Namen wie diese in einer Gruppe die eine bestimmte Landwirtschaftspraxis durchsetzen will, lassen die Alarmglocken klingeln. Auch wenn der Begriff CSA noch so schön klingt.

Die FAO will die Bedingungen für Technik, Politik und Investitionen für CSA schaffen. Die Organisation schätzt, dass 90% des Minderungspotentials von CO₂ Emissionen aus der Landwirtschaft durch eine Lagerung im Boden erreicht werden könnten. Besonders in Entwicklungsländern!

Die Bindung von CO₂ im Boden ist nicht permanent und kann jederzeit aufgehoben werden, wenn z.B. das Land anders bewirtschaftet wird. Das das größte potential in den EL gesehen wird, ist vielleicht wahr, denn hier gibt es die größten Moore und Feuchtgebiete und Landnutzungsänderungen. Aber für die Bekämpfung des Klimawandels nun unbedingt die EL und ihre Bauern in die Pflicht zu nehmen, ist schon problematisch. Und hier liegt das Problem. Denn der Schwerpunkt liegt nicht in Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel unter dem die EL besonders leiden, sondern in Maßnahmen der TGH Ausstoßminderung (mitigation) im Zusammenhang mit dem Emissionshandel besonders in der Form der Einlagerung von Kohlenstoff durch die Landwirtschaft im Süden.

Klimaverhandlungen

Die Verbindung zwischen den Klimaverhandlungen und der Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik ist, dass sie in ihrer industriellen Form eine der Hauptquellen von THG ist und dass sie am meisten betroffen ist (bzw. die Menschen die von ihr abhängen). Wird also eine Landwirtschaftsrichtung im Rahmen des Klimaschutzes gefördert und politisch gefordert, die die Emission von THG erhöht, so hat dies katastrophale Folgen. Das „Deckmäntelchen“ des green washings unter dem Namen CSA wäre mit den falschen Schwerpunkten ein Einfallstor für eine weitere Indu-

¹ CSA steht auch für Community Supported Agriculture. Die beiden Abkürzungen haben inhaltlich nichts miteinander zu tun.

rialisierung der Landwirtschaft und zum Vorteil der Agrarkonzerne, die sich kräftig an der Diskussion und der Begriffsfüllung beteiligen.

Ein klimaschonender Ansatz wäre aber ein konsequentes Umsetzen des Agrarökologischen Ansatzes. Er hat bewiesen, dass er zu erhöhten Ernten, einer Verbesserung des Lebensstandards und der Umwelt bei Kleinbauern führt. Dies anzuerkennen, fordern 160 Nichtregierungsorganisationen in einem offenen Brief an die Global Alliance und das UN Sekretariat.

In Paris treffen sich dieses Jahr wieder einige Tausend Fachleute, Lobbyisten und Politiker um ein neues Klimaabkommen mit verbindlichen Zielen zu vereinbaren. Sollte es dazu kommen, dass bei den Verhandlungen CSA als der Zukunftsweg anerkannt wird und deren Umsetzung als Voraussetzung für die Vergabe von finanziellen Mitteln an EL wird, dann werden die EL gezwungen, einen Weg zu gehen der zu größeren Verpflichtungen zur angeblichen THG Vermeidung führt, während die Anpassung und die Ernährungssicherheit leiden würden. Aber warum sollten ausgerechnet die EL THG vermindern, wo sie an der Schaffung der Klimamiserie doch nur marginal beteiligt waren?

90% aller Farmen weltweit gehören so genannte Kleinbauern die 70% der Nahrung der Welt produzieren und das auf weniger als einem Viertel des Ackerlandes der Welt. Auch wenn auf dem Papier Kleinbauern im Mittelpunkt vieler Entwicklungsinitiativen stehen, so besteht hier die Gefahr, dass sie auf die Rolle der Kohlenstoffsinker reduziert werden. Wichtiger für die Ernährungssicherung der Familien wäre eine stärkere Förderung von Anpassungsmöglichkeiten.

Marktgetriebene Mechanismen, die den Boden als Kohlenstoffsinke honorieren, riskieren eine Entwicklung, die den Wert von Ackerland in den Fokus von Investoren bringt, was zu Land- und Wasserraub führt.

Sequestration

Sequestration bedeutet die Einlagerung von CO₂, meist in der organischen Substanz des Bodens. Es geht also plötzlich um den Boden. „Na endlich!“, könnte man rufen, denn der Boden als schätzenswerte Ressource wurde lange vergessen.

Aber Vorsicht! Die Idee, dass Bauern (oder Menschen und Konzerne die Land besitzen) mit dem Schutz des Bodens

Geld aus der Finanzierung des Clean Development Mechanism CDM, also aus dem Handel mit CO₂ Verschutungsrechten, Geld verdienen können, weil sie das Klima angeblich schützen, ist zwar bestechend, aber wer würde in der Praxis daran verdienen? Allein die Überprüfung der Umsetzung und die Messung der tatsächlichen CO₂ Bindung wäre technisch so aufwendig, dass Kleinbauern davon gar nicht profitieren könnten. Aber Gutachter, Anlagenbauer, Banken, Zertifizierer, und alle die „prüfen“ und forschen schon.

Die Bindung von Kohlenstoff im Boden ist auch nicht permanent, denn es kann jederzeit wieder freigesetzt werden, etwa durch Verbrennung oder Zersetzung.

Adaptation

Das zweite Standbein des Klimaschutzes ist die Anpassung an den Klimawandel. Nur mit einer vielfältigen, die natürlichen Ressourcen schützenden Landnutzung und eine Landwirtschaft mit einer so gering wie möglichen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Nur sie hat eine Zukunft und kann die Ernährung der Menschen sichern. Das ist alles belegt und erkannt. Auf diese Art der Landwirtschaft hat die Agrarindustrie aber nur wenig Antworten. Ihre Aktivitäten beschränken sich auf eine Handvoll Kulturen, synthetische Dünger, die nötigen, mit fossiler Energie betriebenen Maschinen und die Aussage, dass nur groß und größer profitabel sein kann.

Anpassung wird kleinflächig sein, individuell fast, phantasievoll und „wild“ in Sinne von natürlich und wahrscheinlich arbeitsintensiv.

Von all dem hört man bei CSA wenig.

Das bis jetzt unklare Konzept von CSA sollte als Chance genutzt werden, eine Gestaltung in Einklang mit den Empfehlungen des Weltagrarberichtes und dem Agrarökologischen Ansatzes zu erreichen. Sollte sich herausstellen, dass dies bei der gegebenen Interessenskonstellation der beteiligten Gruppen nicht möglich ist, muss sich die Zivilgesellschaft, die die Interessen der Kleinbauern und Ökolandwirtschaft vertritt, klar distanzieren und den green washing Betrug bei jeder Gelegenheit aufdecken. Dazu gehören auch die Verhandlungen von Handelsabkommen deren Zustandekommen an eine Umgestaltung von nationaler Agrarpolitik gebunden wird. Interessant ist es schon, dass auch hier die gleichen Konzerne mit dabei sind und Einfluss nehmen.

Nach dem Motto: Wollt Ihr Handle treiben, müsst Ihr eine industrielle „moderne“ Landwirtschaft fördern.

Diejenigen im Norden, die Lösungen anbieten, die niemandem wehtun, sprich keinen einschneidenden Wandel in unserem Verhalten und Konsum erfordern, haben die besten Chancen, dass ihre Ansätze angenommen werden.

Denn keine Regierung der Welt, egal welcher Partei, wird ihrer Bevölkerung sagen: „Leute, es ist Schluss mit lustig. Alles muss sich ändern, wenn wir die Kurve kriegen wollen und es sieht nicht gut aus.“

Man wird sagen: „Wir können das schaffen. Nur ein bisschen mehr Forschung, Daten sammeln, Technik wird es richten.“ Lebensstil ändern? Ein bisschen vielleicht. Und wer traut sich zu sagen: „Hey, ihr Menschen in den EL! Sorry, Ihr seid zu spät gekommen, die Ressourcen sind knapp. Ihr könnt nicht so leben wie wir im Norden. Dafür ist nicht genug da.“ Aber das ist die Realität.

Es geht bei allen Verhandlungen um Interessen von Staaten, die ihre Wirtschaft schützen wollen oder müssen. Aber auch um Interessen derer, die ihre Ideen zur Problemlösung propagieren, weil sie damit Geld verdienen könnten.

Technische Lösungen stehen im Mittelpunkt. Eine rein technologische Betrachtung greift bei komplexen Systemen zu kurz.

Es gibt die Besorgnis, dass CSA als eine Hintertür für die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft genutzt wird, in dem ungeeignete Maßnahmen gefördert werden.

Produktivität und Investitionen

Immer wieder wird gefordert, dass die Flächenproduktivität steigen muss, weil es nicht genug Nahrung gibt. Es gibt genug, aber nicht überall. Handelt man mit Agrargütern ist das natürlich gut, denn dann gibt es einen Markt, der bedient werden muss. Sinnvoller wäre es aber die Nahrung dort zu erzeugen, wo sie gebraucht wird und nicht riesige Warenströme um die Erde zu schicken. Kleinbauern mit wenig Land an den Weltmarkt anzubinden wird nur bedingt gelingen. Priorität muss die Nahrung vor Ort haben und das ist mehr als Subsistenz. Dazu braucht man eine Vielzahl von Früchten, Pflanzen und Tieren und nicht nur Mais, Reis oder Kaffee.

Das Märchen von der Produktivität wird

immer noch gepredigt. Es ist so schön einfach.

Investitionen in die Landwirtschaft sind nötig. Aber welche? Die Produktivität eines afrikanischen Kleinbauern ließe sich mit etwas Geld für einen Pflug, Zugtiere, Lager oder Kühlung oder sicherem Wasser mit wenig Aufwand steigern. Sicher wären auch lokale Sorten mit etwas züchterischem Knowhow in wenigen Anbauzyklen sehr zu verbessern. Beratung, die unabhängig von kommerziellen Interessen ist, wäre die beste Investition. Wer gibt dafür Geld?

Nationale Politik

CSA ist eine von vielen Initiativen, die ohne eine öffentliche Debatte die Entwicklung in eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft drängen könnte, in der Begriffe wie Best Practice, Leuchtturmprojekte, Grüne Inseln usw. verwendet werden.

Das Problem taucht dort auf, wo große Gewinne gemacht werden können, weil eine Politik gefördert wird die z.B. technische Anlagen braucht (Biogasanlagen, Pyrolyseanlagen), Berater erfordert, Gutachter beschäftigt, Zertifikate und Kredite vergibt usw. Das treibt die Investoren auf den Plan. Wenn Landbesitz interessant wird, kommt es zu Land grabbing. Das müssen nicht unbedingt ausländische Investoren oder internationale Konzerne sein. Auch nationale Investoren machen mit und das mit Billigung ihrer

eigenen Regierungen. Hier sind nun die Grenzen der Lobbyarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wie wir sie machen. Die Stärkung der Zivilgesellschaft in den Ländern des Südens ist hier die einzige Chance.

Die nationale Politik der Entwicklungsländer ist die von souveränen Staaten. Das müssen wir erst einmal annehmen. Die Handlungsoptionen des Einzelnen hier in Deutschland sind da sehr begrenzt. Die Politik von Tansania kann hier niemand beeinflussen. Umso wichtiger sind die Rolle unserer Staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und die Beratung von Regierungen. Wird hier in das gleiche Horn gestoßen, weil man glaubt, dass Konzerninteressen, Wirtschaftswachstum, Klimaschutz und die Bekämpfung des Hungers sich alle mit einer Strategie erreichen lassen, dann ist alles verloren, was an eine Welt ohne Hunger glauben lassen kann. Wir haben 50 Jahre Erfahrung mit den Auswirkungen von Monokultur, Biodiversitätsverlust und Höfesterben. Wir müssen das nicht exportieren!

Beurteilung

Was sich gut anhört, muss daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen es auf die Entwicklung in den Ländern hat, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind und in denen die meisten Menschen hungern.

Wenn wir also Lösungen präsentiert be-

kommen, müssen wir fragen: Wem nützen sie? Wer will das? Wer will das nicht? Und WARUM?

Wenn man etwas verkaufen will, braucht man einen guten Begriff.

Climate Smart Agriculture ist so einer. So lange es keine Definition der Inhalte, Techniken und Strategien gibt, ist es eine Worthülse.

Die Alliance für Climate Smart Agriculture wird keine Problemlösungen bringen die wir so dringend brauchen. Ihre Interessen sind getrieben von denen, die den Klimawandel mit vorantreiben haben und die ihre Ansätze nicht ändern werden. Sie ist geschaffen, um Interessen zu verkaufen. Dass sich die FAO dafür missbrauchen lässt, sollte sie selbst verhindern und eine eigene Definition liefern, was unter CSA zu verstehen ist. Da reichen keine Begriffe, die andere füllen wie es ihnen passt.

Dies könnte eine große Chance sein, denn die Zeit ist reif für neue Ansätze. Es wäre schön, wenn Die FAO dies nutzen könnte. Die Antworten stehen auf den Feldern der Bauern und Bäuerinnen, die agrarökologische Methoden anwenden. Ihre Zahl wächst, aber nicht schnell genug. Der Durchbruch wäre eine Anerkennung der Prinzipien des Ökolandbaus als Leitbild. Davon sind wir weit entfernt.

www.fao.org/climate-smart-agriculture

Buchbesprechung

Der Große Landraub!

von Thomas Kruchem,
144 Seiten, paperback, €12,90

Mit viel Einfühlungsvermögen und harten Fakten erzählt Thomas Kruchem von dem großen Landraub, vielerorts bekannt als „Landgrabbing“. Das 2012 im Brandes & Apsel Verlag erschienene Buch analysiert anhand von 5 Länderbeispielen (Uganda, Kambodscha, Argentinien, Philippinen und Äthiopien) wie sich eine neue Form der Kolonialisierung in einigen Entwicklungs- aber auch Schwellenländern breitmacht. Durch Agrarinvestitionen von oftmals ausländischen Unternehmen sollen vordergründig die Agrartechniken verbessert oder die Wertschöpfungskette ausgebaut werden. Tatsächlich stecken knallharte Interessen einiger Weniger dahinter, die sich auf Kosten der lokalen Bevölkerung und Umwelt an dem Land bereichern. Menschen mit und ohne Eigentumstitel

werden unrechtmäßig enteignet, oftmals völlig überraschend über Nacht mit Gewalt aus ihren Häusern vertrieben und bekommen kärgliche oder gar keine Entschädigungen.

Das neu eroberte Land wird zumeist unter wenig nachhaltigen agrarindustriellen Anbaumethoden ausgelaugt, Wälder werden gerodet. Mut macht, dass sich das Problem des „Landgrabbing“ mittlerweile herumgesprochen hat und korrupten Regierungen auch von Seiten der Weltbank hin und wieder auf die Hände geschaut wird. Doch dies sehr gut lesbare Buch macht deutlich, dass hier auch auf Seiten europäischer Verbraucherinnen und Verbraucher noch viel mehr Bewusstsein geschaffen werden muss.

Der kritische Agrarbericht 2015

Der kritische Agrarbericht 2015 erschien am 15. Januar 2015 als Buch (304 Seiten, € 22,00 zzgl. Porto). Bestellungen bitte direkt über den ABL Verlag. Wieder gibt es sehr lesenswer-

te Artikel in diesem leider immer noch unter Wert gehandeltem jährlichem Klassiker.

Schwerpunkt des Agrarbericht 2015: „Agrarindustrie und Bäuerlichkeit“

Der Bericht wird drei Monate nach Erscheinen online gestellt.

Meldungen

10 % aller Biozide haben hormonelle Eigenschaften

Ein aktuelles Hintergrundpapier der Umweltschutzorganisation Pestizid-Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) erläutert, warum trotz eindeutiger Gesetzeslage noch immer keine Überprüfung und Regulierung hormonell wirksamer Biozide von der EU-Kommission durchgeführt wird. PAN Germany recherchierte 27 möglicherweise hormonschädliche Biozide. Betroffen sind beispielsweise bestimmte Wirkstoffe in Holzschutzmitteln und Haushaltsinsektiziden.

Nach EU-Recht werden Biozide von der zukünftigen Verwendung ausgeschlossen, wenn aufgrund der hormonell wirksamen Eigenschaft eine Schädigung der menschlichen Gesundheit oder nachteilige Umweltfolgen möglich sind. Es fehlen allerdings einheitliche Kriterien für diese Bewertung. „Während die EU-Kommission infolge des massiven Lobbydrucks durch die Industrie die notwendige Festsetzung solcher Kriterien weiter verzögert, erhalten immer mehr Biozide, die im Verdacht stehen, hormonell wirksam zu sein, eine Genehmigung“, kritisierte Susanne Smolka, Biozidexpertein bei PAN Germany.

Hormonell wirksame Chemikalien (auch EDCs genannt) werden mit gesundheitlichen Problemen in Verbindung gebracht, die in den letzten Jahrzehnten weltweit immer häufiger auftreten. Beispiele sind der Anstieg von Brust- und Hodenkrebs, Fruchtbarkeitsstörungen, Diabetes, Fettleibigkeit sowie Verhaltensstörungen und Lernprobleme bei Kindern. EDCs gelangen in die Umwelt und stören so auch das Hormonsystem von Wildtieren.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezeichnet hormonell wirksame Chemikalien als „globale Bedrohung“. (PAN)

Kontakt: Susanne Smolka,
Tel. +49(0)40-3991910-24,
susanne.smolka@pan-germany.org

PAN Germany background paper
„Endocrine disrupting biocides -
Why highly hazardous biocides must
be phased out
PAN Germany Hintergrundpapier
„Hormonell wirksame Biozide -
Warum hochgefährliche Biozide
verbannt werden müssen“
www.pan-germany.org

Kennzeichnung von Palmöl

Palmöl wird zu 70 Prozent in Lebensmitteln verarbeitet. Es ist aber auch in Kosmetika und Waschmitteln enthalten. Bislang musste es in der Zutatenliste

nicht ausgewiesen werden. Das ändert sich: Ab 13. Dezember sind Hersteller verpflichtet, Palmöl zu kennzeichnen.

Ab 13. Dezember schreibt eine EU-Verordnung eine klare Kennzeichnung vor - in den Zutatenlisten muss künftig verzeichnet sein, welches Öl verwendet wurde. Palmöl ist bei Lebensmittelherstellern beliebt, weil es preiswert und vielseitig verwendbar ist. Zu den ökologischen Folgen der Palmöl-Produktion in Südoasien kommen die sozialen Abgründe. Oft sind es Kinder, die die Palmölfrüchte einsammeln. Plantagenarbeiter werden wie Sklaven gehalten. In Indonesien wird zudem immer noch Paraquat versprüht, ein in Europa verbotenes Herbizid, das die jungen Ölpalmsetzlinge schützt. Weil die Arbeiter keinen Ganzkörperschutz tragen, leiden sie oft unter Erkrankungen der Atemwege.

In absehbarer Zeit werden der Palmölindustrie die Flächen in Südostasien ausgehen, deshalb richtet sich der Fokus auf Afrika.(greenhouse infopool)

Entwicklungshilfe goes Agrarindustrie

Neue Studie der AG Landwirtschaft und Ernährung (AGLE) des Forums Umwelt und Entwicklung: Entwicklungspolitik goes Agrarindustrie. Eine kritische Analyse von Initiativen zur Förderung des internationalen Agribusiness im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich. Das aktuelle Papier Entwicklungspolitik goes Agrarindustrie des Forums Umwelt und Entwicklung bietet einen Überblick über die zentralen Initiativen des BMZs, darunter die German Food Partnership (GFP) und die Neue Allianz für Ernährungssicherheit (Neue Allianz), formuliert Schwächen und blinde Flecken des PPP-Ansatzes im Ernährungsbereich und stellt klare Forderungen an die Bundesregierung.

Die Hauptforderungen der AGL sind: PPPs dürfen nicht zum Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden, die Bundesregierung ist zu-

dem aufgefordert detailliert offen zu legen, wer im PPP Bereich wofür wie viele Entwicklungsgelder erhält, alle PPPs im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung sollten von unabhängiger Stelle systematisch evaluiert werden und Agrarkonzerne dürfen im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weder politisch noch finanziell gefördert werden

Mitmachen! Lobbybriefaktion zu Neubewertung von Glyphosat

Unsere Unterschriftenaktion zur Neubewertung des Totalherbizids Glyphosat ist online. Es gibt auch papiervordrucke die heruntergeladen werden können. Alles auf unserer Internetseite unter Roundup und Co.

Die Aktion richtet sich an das Landwirtschaftsministerium und die EU Kommission.

Jede Unterschrift zählt!

Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland.

Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Ursula Gröhn-Wittern, Nernstweg 32, 22765 Hamburg,
Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank (BLZ 430 609 67) Konto 2029563500

Druck: Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

ISBN: 978-3-9813497-2-6

